

## Erste Kehrtwende im Umgang mit Obdachlosigkeit

regensburg-digital.de

**In der Vergangenheit wurden Obdachlose in Regensburg lediglich als „ordnungspolitisches Problem“ behandelt. Mit einer neuen Fachstelle und einem Sozialdienst ist nun der erste große Schritt in eine andere Richtung getan. Es gibt aber nach wie vor viel zu tun.**



Sozialbürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer (mit Sozialamtsleiter Wilhelm Weinmann): „Ich halte es für eine normale und logische Sache, dass man sich aktiv um diese Menschen kümmert.“

Knapp einhalb Jahre ist es her, seit ein 53jähriger Mann in der städtischen Notwohnanlage in der Aussiger Straße verbrannt ist. Mehrere Monate zuvor war dem Hartz IV-Empfänger der Strom abgestellt worden. Der Spirituskocher, den er seitdem zum Kochen benutzt hatte, löste das Feuer aus, in dem Nick P. ums Leben kam. Die zuständigen Stellen bei der Stadt wussten über die Situation des Betroffenen im Vorfeld offenbar nicht Bescheid. Oberbürgermeister Joachim Wolberg zeigte sich damals von dem Unglücksfall betroffen: „Ich garantiere: Wenn wir davon gewusst hätten, hätten wir geholfen.“

Aber wir wussten es nicht. Wir können uns von der REWAG nicht jeden Fall sagen lassen, wo der Strom abgestellt wird.“

Die neue Fachstelle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und ein angeschlossener Sozialdienst (Kontakt), die am Montag vorgestellt wurden, sollen nun helfen, solche Situationen erst gar nicht entstehen zu lassen. Eine aktuelle Untersuchung der Evangelischen Hochschule Nürnberg hat ergeben, dass eine präventive Beratung in mehr als zwei Drittel der Fälle Obdachlosigkeit verhindert. Umso erstaunlicher ist es, dass es in Bayern bislang lediglich acht solcher Fachstellen gibt und dass sich Regensburg – als eine der reichsten Städte in Bayern – so eine Einrichtung bislang nicht geleistet hat.

### Bisher nur das gesetzliche Minimum

In der Vergangenheit kam die Stadt lediglich dem nach, was im Gesetz als Minimum vorgeschrieben ist: Eine beim Ordnungsamt angesiedelte Stelle teilte Obdachlosen, die sich dort meldeten, einen Platz in der städtischen Notwohnanlage zu. Eine soziale Betreuung der Bewohner fand nicht statt. Und so kam es, dass in den Notwohnungen, die eigentlich nur für eine kurzfristige Unterbringung gedacht und auch in entsprechend schlechtem Zustand sind – Duschen im Keller, keine Heizung – Menschen zum Teil über Jahre lebten, ohne Aussicht auf dem normalen Wohnungsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Bereits im Koalitionsvertrag hatte die neue Stadtregierung angekündigt, über das gesetzliche Minimum hinauszugehen, die Zuständigkeit weg vom Ordnungsamt, hin zum Sozialamt zu verlagern und neben der entsprechenden Fach- und Beratungsstelle auch einen Sozialdienst einzurichten, der aktiv auf die Betroffenen zugeht. „Ich halte es für eine normale und logische Sache, dass man sich aktiv um diese Menschen kümmert“, sagt Sozialbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer am Montag.

### Wohnungsmarkt: „Eine Reihe von Menschen schafft es nicht, wieder Fuß zu fassen“

Drei neue Mitarbeiterinnen sind es vorerst, die zum einen die Bewohner der Notwohnanlage aufsuchen, um sich über ihre Situation zu erkundigen, Hilfestellungen bei der Suche nach einer Wohnung bieten oder

tätig werden, wenn das Abstellen der Stromversorgung droht. Was bei der Notwohnanlage zunächst noch vergleichsweise einfach erscheint – man weiß, wo man hingehen und nachfragen muss, wird schon etwas schwieriger, wenn es um Menschen geht, die nicht in städtischen Wohnungen leben, aber vor ähnlichen Problemen stehen.

„Von Zwangsräumungen erfahren wir über das Amtsgericht“, sagt Stefan David von der Fachstelle. „Dann schreiben wir zunächst die Leute an und weisen sie auf unsere Beratungs- und Hilfsangebote hin.“ Oberstes Ziel sei es, Obdachlosigkeit und die Unterbringung in einer Notwohnung zu vermeiden.

Wenn der Strom abgestellt wird, erfahren die städtischen Mitarbeiter davon aber zunächst einmal nichts. „Die REWAG darf uns das nicht mitteilen“, so Maltz-Schwarzfischer. Sie setzt auf Vernetzung mit dem Jugendamt, Kindergärten und den Sozialverbänden, um früh genug zu erfahren, wenn Mieter Probleme haben und dann auf sie zugehen zu können. Die REWAG selbst weist Betroffene seit einigen Wochen ebenfalls auf die städtischen Hilfsangebote hin – Schuldner- und Energieberatung, Hilfe bei der Wohnungssuche, Sucht- und psychosoziale Beratung. Schon jetzt zeige sich, dass der „Bedarf sehr groß“ sei, so die Bürgermeisterin. Und gerade, was den Wohnungsmarkt betrifft, komme auch die Stadt selbst häufig an ihre Grenzen. „Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, die es derzeit nicht schaffen, wieder Fuß zu fassen.“

### Obdachlosenunterkunft ohne Betreuung

Gewisse Hoffnungen setzt die Bürgermeisterin auf den bis Juli 2017 laufenden Modellversuch, Menschen mit positiver Sozialprognose von der Notwohnanlage in 14 leerstehenden Stadtbau-Wohnungen zu verlegen, um sie von dort wieder in den normalen Wohnungsmarkt zu integrieren. „Wenn jemand mit der Adresse der Notwohnanlage Aussiger Straße eine neue Wohnung sucht, ist das schon oft genug ein Hinderungsgrund“, weiß Maltz-Schwarzfischer.

Insgesamt ist das aber lediglich ein erster Schritt, ein Tropfen auf den heißen Stein. Was Obdachlosigkeit betrifft, fehlen nach wie vor Unterbringungsmöglichkeiten, Hilfsangebote und Stellen. Nimmt man die Zahlen der Streetworker von DrugStop oder der Caritas gibt es in Regensburg etwa 300 Obdachlose, vielfach mit Drogen- und Alkoholproblemen. Demgegenüber stehen 55 Notwohnungen, von denen derzeit etwa 40 belegt sind und die Obdachlosenunterkunft in der Taunusstraße, wo 26 Übernachtungsplätze – vornehmlich für Männer – zur Verfügung stehen. Das Problem: Der Aufenthalt ist „bei Intoxikation“, Alkohol oder Drogen, untersagt. Ebenso gibt es keine Möglichkeit, Hunde mitzubringen, was wiederum einem Gutteil der Betroffenen den Zutritt faktisch versperrt. Eine Betreuung in der Unterkunft ist ebenfalls nicht vorgesehen – es gibt lediglich einen Hausmeister.

### Nachwehen einer unsozialen Politik

All das sind Nachwehen einer Politik, in deren Rahmen Obdachlose lediglich als ordnungspolitisches Problem betrachtet wurden, aber nicht als Menschen, die Unterstützung brauchen.

Ein weiteres Ziel der neuen Rathaus-Koalition harret noch einer Lösung. „Wir suchen dringend eine Möglichkeit, um in Bahnhofsnähe einen Möglichkeit zu schaffen, wo sich Obdachlose auch tagsüber treffen können und wo wir Beratungs- und Betreuungsangebote machen können“, so Maltz-Schwarzfischer. Im Moment werden die Betroffenen dort zwischen Bushaltestelle, Bahnhof und Grünanlage hin und her getrieben. Derzeit befände man sich dazu in Gesprächen mit dem Bezirk und der Initiative DrugStop.

Trackback von deiner Website.



## Bisher nur das gesetzliche Minimum

In der Vergangenheit kam die Stadt lediglich dem nach, was im Gesetz als Minimum vorgeschrieben ist: Eine beim Ordnungsamt angesiedelte Stelle teilte Obdachlosen, die sich dort meldeten, einen Platz in der städtischen Notwohnanlage zu. Eine soziale Betreuung der Bewohner fand nicht statt. Und so kam es, dass in den Notwohnungen, die eigentlich nur für eine kurzfristige Unterbringung gedacht und auch in entsprechend schlechtem Zustand sind – Duschen im Keller, keine Heizung – Menschen zum Teil über Jahre lebten, ohne Aussicht auf dem normalen Wohnungsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Bereits im **Koalitionsvertrag** hatte die neue Stadtregierung angekündigt, über das gesetzliche Minimum hinauszugehen, die Zuständigkeit weg vom Ordnungsamt, hin zum Sozialamt zu verlagern und neben der entsprechenden Fach- und Beratungsstelle auch einen Sozialdienst einzurichten, der aktiv auf die Betroffenen zugeht. „Ich halte es für eine normale und logische Sache, dass man sich aktiv um diese Menschen kümmert“, sagt Sozialbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer am Montag.

## Wohnungsmarkt: „Eine Reihe von Menschen schafft es nicht, wieder Fuß zu fassen“

Drei neue Mitarbeiterinnen sind es vorerst, die zum einen die Bewohner der Notwohnanlage aufsuchen, um sich über ihre Situation zu erkundigen, Hilfestellungen bei der Suche nach einer Wohnung bieten oder tätig werden, wenn das Abstellen der Stromversorgung droht. Was bei der Notwohnanlage zunächst noch vergleichsweise einfach erscheint – man weiß, wo man hingehen und nachfragen muss, wird schon etwas schweriger, wenn es um Menschen geht, die nicht in städtischen Wohnungen leben, aber vor ähnlichen Problemen stehen.

„Von Zwangsräumungen erfahren wir über das Amtsgericht“, sagt Stefan David von der Fachstelle. „Dann schreiben wir zunächst die Leute an und weisen sie auf unsere Beratungs- und Hilfsangebote hin.“ Oberstes Ziel sei es, Obdachlosigkeit und die Unterbringung in einer Notwohnung zu vermeiden.

Wenn der Strom abgestellt wird, erfahren die städtischen Mitarbeiter davon aber zunächst einmal nichts. „Die REWAG darf uns das nicht mitteilen“, so Maltz-Schwarzfischer. Sie setzt auf Vernetzung mit dem Jugendamt, Kindergärten und den Sozialverbänden, um früh genug zu erfahren, wenn Mieter Probleme haben und dann auf sie zugehen zu können. Die REWAG selbst weist Betroffene seit einigen Wochen ebenfalls auf die städtischen Hilfsangebote hin – Schuldner- und Energieberatung, Hilfe bei der Wohnungssuche, Sucht- und psychosoziale Beratung. Schon jetzt zeige sich, dass der „Bedarf sehr groß“ sei, so die Bürgermeisterin. Und gerade, was den Wohnungsmarkt betrifft, komme auch die Stadt selbst häufig an ihre Grenzen. „Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, die es derzeit nicht schaffen, wieder Fuß zu fassen.“

## Obdachlosenunterkunft ohne Betreuung

Gewisse Hoffnungen setzt die Bürgermeisterin auf den bis Juli 2017 laufenden Modellversuch, **Menschen mit positiver Sozialprognose von der Notwohnanlage in 14 leerstehenden Stadtbau-Wohnungen zu verlegen**, um sie von dort wieder in den normalen Wohnungsmarkt zu integrieren. „Wenn Jemand mit der Adresse der Notwohnanlage Aussiger Straße eine neue Wohnung sucht, ist das schon oft genug ein Hinderungsgrund“, weiß Maltz-Schwarzfischer.

Insgesamt ist das aber lediglich ein erster Schritt, ein Tropfen auf den heißen Stein. Was Obdachlosigkeit betrifft, fehlen nach wie vor Unterbringungsmöglichkeiten, Hilfsangebote und Stellen. Nimmt man die Zahlen der Streetworker von DrugStop oder der Caritas **gibt es in Regensburg etwa 300 Obdachlose, vielfach mit Drogen- und Alkoholproblemen**. Demgegenüber stehen 55 Notwohnungen, von denen derzeit etwa 40 belegt sind und die Obdachlosenunterkunft in der Taunusstraße, wo 26 Übernachtungsplätze – vornehmlich für Männer – zur Verfügung stehen. Das Problem: Der Aufenthalt ist „bei Intoxikation“, Alkohol oder Drogen, untersagt. Ebenso gibt es keine Möglichkeit, Hunde mitzubringen, was wiederum einem Gutteil der Betroffenen den Zutritt faktisch versperrt. Eine Betreuung in der Unterkunft ist ebenfalls nicht vorgesehen – es gibt lediglich einen Hausmeister.

## Nachwehen einer unsozialen Politik

All das sind Nachwehen einer Politik, in deren Rahmen Obdachlose lediglich als ordnungspolitisches Problem betrachtet wurden, aber nicht als Menschen, die Unterstützung brauchen.

Ein weiteres Ziel der neuen Rathaus-Koalition harret noch einer Lösung. „Wir suchen dringend eine Möglichkeit, um in Bahnhofsnähe einen Möglichkeit zu schaffen, wo sich Obdachlose auch tagsüber treffen können und wo wir Beratungs- und Betreuungsangebote machen können“, so Maltz-Schwarzfischer. **Im Moment werden die Betroffenen dort zwischen Bushaltestelle, Bahnhof und Grünanlage hin und her getrieben**. Derzeit befände man sich dazu in

Insider

14. März 2016 um 18:36 | #

Na endlich tut sich dort oben etwas. Vor 10 Jahren wurden diese Häuser renoviert und nicht wirklich verbessert. Zuvor war Jahre kein Geld da, und man rate mal wer diese Notwohnanlage verwaltet hat, die liebe, gute Stadtbau. Nicht einmal warmes Wasser gabe es. Duschen 2 pro Haus wobei meist eine unter aller Sau war. Es wurde Strom gebraucht zum heizen (Radiatoren oder Heißluftgebläse), warmes Wasser nur mit Ofen oder Boiler, und genannte Duschen liefen ebenso auf die Stromrechnung. Faszinierend war allerdings das es möglich war einen Internetanschluss zu erhalten. Radiatoren, Boiler, und die Dusche sind ja als Stromfresser bekannt. Die hohe Stromrechnung wurde allerdings vom Sozialamt oder der ARGE nicht übernommen, da es keine Nebenkosten sind. Fazit kein Strom, kein Strom, kein waschen etc. Personen ohne Führerschein, auch Rentner war es unmöglich Holz zu lagern. Öfen oder Holz. Wie auch bekannt sein dürfte, hat man sich dort geholfen mit eingebau und do it yourself anschluss von Kaminabzügen.....Kohlenmonoxidvergiftungen. Und das war damals bei der Stadtbau sehr wohl bekannt. Denn auch hier wurde auf Beschwerden und Nachfragen nicht reagiert. Statt dessen wurde vor 2003 neben den Hausmeistern der Stadtbau handwerklich begabte Anwohner mit ausmalen und diversen Tätigkeiten betraut. Es wurde immer darauf hingewiesen kein Geld und in diese Häuser wird nichts investiert. Stromleitungen wurden durch Wände zum Nachbarn gelegt usw.....Es ist höchste Eisenbahngeworden dort etwas zu unternehmen. Leider eilt bei der Wohnungs- und Arbeitssuche der Ruf der Gegend voraus.....

HutzelWutzel

15. März 2016 um 00:29 | #

Guck mal einer an! Mann muß nur eine (europäische) Recherchegruppe an solche Dinge setzen und dabei gleich ein verdächtiges Outsourcing solcher Dinge an durchaus staatstragende aber nicht primär zuständige Stellen ansprechen. Schon geht was vorwärts in der Oberpfalz!

Rentnerin

15. März 2016 um 08:07 | #

Super Arbeit Frau Maltz-Schwarzfischer

und auch einmal ein Danke an Ihre vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Burgi Geissler

15. März 2016 um 08:26 | #

1974 – damals habe ich noch studiert, heute bin ich schon in Rente – habe ich in einem „Arbeitskreis Soziale Brennpunkte“ mitgearbeitet. Eine der zentralen Forderungen damals war es, Obdachlosigkeit nicht primär als ordnungsrechtliches, sondern als soziales Problem zu behandeln und entsprechende Hilfen anzubieten. Seither hat sich schon ein bisschen was bewegt: Unterkunft für dauerhaft nicht mietfähige Personen am Geiersbergweg, Renovierungen der Obdachlosenunterkunft Aussiger Straße, Schließung aller anderen Obdachlosenunterkünfte, Anmietung von Einzelwohnungen zur vorübergehenden Unterbringung, Übernahme von Mietschulden für Familien zur Vermeidung von Obdachlosigkeit. Nur der zentrale Forderung: Obdachlosigkeit ist ein soziales Problem wurde nicht Rechnung getragen. Man soll die Hoffnung nicht aufgeben. Wenn die richtigen Leute die entsprechenden Funktionen bekommen, werden solche uralten Forderungen als neue Erkenntnisse betrachtet und doch endlich umgesetzt! Bravo, Frau Maltz-Schwarzfischer!

Paulus Zachering

15. März 2016 um 12:04 | #

Warum der brausende Applaus? Eine BGM macht seine Arbeit. Nach 2 Jahren wurde zunächst mal eine neue Fachstelle geschaffen. Wer war eigentlich die 6 Jahre vorher der zuständige BGM?